



## Der 11. September als Quittung?

Nicht das Sündenregister der USA, die versäumte Demokratisierung ist die Ursache des Terrorismus

### EDITORIAL

Osama Bin Laden sei „der brutale Zwillingsbrüder aller angeblich Schönen und Zivilisierten“, in gewissem Sinne von den Amerikanern „erfunden“, schrieb die indische Schriftstellerin Arundhati Roy in einem viel zitierten Essay eine Woche nach den Terroranschlägen von New York und Washington.

Seither füllt die Diskussion um Täter und Opfer, Ursachen und Wirkungen des neuen internationalen Terrorismus die Feuilletons. Dabei werden anti-amerikanische Feindbild-Stereotypen aus der ideologischen Mottenkiste hervorgekramt und die Ereignisse des 11. September als Antwort der Globalisierungsverlierer interpretiert.

Vor diesem Hintergrund will der vorliegende *HSFK-Standpunkt* Begrifflichkeiten differenzieren und Unterschiede hervorheben. Gewalt und Gewalt ist nicht immer gleichzusetzen, ebenso wie Terrorismus und Terrorismus nicht dasselbe sind. In diesem Zusammenhang steht auch die kritische Auseinandersetzung mit der These, nach der sich die USA das Attentat gewissermaßen selbst zuzuschreiben hätten.

Um die Ursachen des 11. September wirklich umfassend analysieren zu können, gilt es vielmehr, den Blick auf die steckengebliebene Modernisierung der islamischen Länder zu richten. Da fehlende Reformen den Nährboden für Gewalt und Fundamentalismus bilden, muss es das zentrale Interesse des Westens sein, Demokratisierung und Liberalisierung in der islamischen Welt zu fördern.

Nicola Buskotte



Immer wieder wurden in der öffentlichen Diskussion über den Terrorismus die Unterschiede verwischt, wird die Verwandlung des World Trade Center in ein Massengrab mit dem amerikanischen „Bombenterror“ in Afghanistan gleichgesetzt.

Quelle: Der Spiegel 38/2001

### Bruno Schoch

*„In diesen Zeiten kommen viele merkwürdige Dinge ans Tageslicht. Es scheint so, als wäre die Verteidigung der westlichen Werte die ureigenste Angelegenheit der Rechten geworden, während die Linke sich wie üblich philo-islamisch gibt. (...) Aber vielleicht ist dies auch nur ein Zeichen dafür, dass in einer Zeit großer Verwerfungen (und gewiss leben wir in einer solchen) niemand mehr weiß, auf welcher Seite er steht.“*

Umberto Eco<sup>1</sup>

Wenn Krieg herrscht, verwischen sich die Begriffe. Das gilt noch viel mehr, wenn es um Terrorismus geht. Darunter versteht man in der öffentlichen Diskussion seit dem 11. September meist jede exzessive Gewalt überhaupt. Doch so verschwimmt das Spezifische, und Terrorismus gerät zu einer beliebig verwendbaren Feind- und Denunzi-

ationskategorie. Wird Terrorismus enthistorisiert zu „einer universalen Technik der Macht- und Gemeinschaftspolitik“, verwischen sich alle konkreten Differenzen.

Terroristische Anschläge islamistischer Verschwörer, die sich zu Opfern amerikanischen und jüdischen Weltherrschaftsstrebens stigmatisieren und die Verwandlung des World Trade Centers in ein Massengrab im Namen Allahs bejubeln, werden einer verbreiteten Lesart zufolge von den mächtigen USA mit gnadenlosem „Bombenterror“ vergolten. Die Kategorie Terror meint so gesehen bloß die Steigerung von Gewalt, die zur *condition humaine* schlechthin gehört, abgelöst von jedem gesellschaftlich-politischen Kontext. Selbst die Besonderheit, dass in der Demokratie das Recht und nicht die Gewalt herrscht, wird eskamotiert: „Terror kennt also zahlreiche Gewaltformen, Akteure und

Umstände. Er ist eine universale Technik der Macht- und Gemeinschaftspolitik. Denn die Gewalt ist eine Sprache, die keine Missverständnisse aufkommen lässt. (...) Auch die sich demokratisch nennende Eliteherrschaft ist ein Herrschaftssystem. Zusammenleben heißt stets auch, sich voreinander fürchten und schützen zu müssen.<sup>62</sup> Als bestünde die *differentia specifica* nicht gerade darin, dass Gewalt in der Demokratie zwar in letzter Instanz Vertrag, Recht und Gesetz garantiert, aber im tagtäglichen Normalfall eben diese gelten und *nicht* die Gewalt.

Manche glauben, die Erfahrung mit der Rote Armee Fraktion heranziehen zu können. Eine andere, nicht minder problematische Parallele will in Osama Bin Laden den Che Guevara unserer Tage sehen. Oder *ex post* geraten die Proteste der Globalisierungskritiker in Seattle und Genua zum Präludium der massenmörderischen Attentate von New York, Washington und Pittsburgh. Wenn der neue internationale Terroris-

mus nicht sogar die im Grunde selbstverschuldete Konsequenz einer durch und durch falschen Politik des Westens sein soll: Man habe allzu lang die Stimmen der „negativ von der Globalisierung Betroffenen“ überhört und müsse jetzt erfahren: „Die Globalisierung schlägt zurück.“<sup>63</sup> Noch pointierter und anstößiger formulierte das die indische Schriftstellerin Arundhati Roy, die Osama Bin Laden den „dunklen Doppelgänger des amerikanischen Präsidenten“ nannte, aus „der Rippe einer Welt gemacht, die durch die amerikanische Außenpolitik verwüstet wurde.“<sup>64</sup>

Der Ärger über solche und ähnlich falsche, irreführende Gleichsetzungen und Schuldzuschreibungen, wie sie seit dem 11. September allenthalben anzutreffen sind, war der Anlass, diesen Text zu schreiben. Wie man es auch dreht und wendet, der neue internationale Terrorismus ist gerade *nicht* inspiriert

vom „kategorischen Imperativ, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist.“<sup>65</sup> Und der neue, multinational organisierte und in religiös-fundamentalistischer Sprache artikulierte Terrorismus, wie ihn Bin Ladens Videoproduktionen, Mohammed Attas Testament und andere Dokumente von den Urhebern des 11. September verherrlichen und predi-

des gesellschaftlichen Modernisierungsprozesses und vor allem auf die versäumte Demokratisierung der politischen Regimes in der arabischen Welt gerichtet. Zwischen ihrem Autoritarismus, der im Vergleich etwa zu demjenigen in der Volksrepublik China im Westen auf erstaunlich wenig Kritik stößt, und dem Erstarken des politischen Islamismus sowie des neuen Terrorismus besteht ein kausaler Zusammenhang. Des-

halb muss der Westen im ureigenen Interesse mehr als bisher für die Liberalisierung und Demokratisierung der repressiven politischen Systeme in der islamischen Welt tun.

Das ist freilich leichter gesagt als getan. Dem stehen handfeste kurzfristige Interessen entgegen; auch gehen Demokratisierungsprozesse, wie die Geschichte lehrt, nicht selten Hand in Hand mit Eruptionen von Gewalt. Zu den zentralen Antinomien der Theorie des demokratischen Frie-

dens gehört die Erkenntnis, dass Demokratien in ihrem Außenverhalten friedlicher sind als Autokratien, aber der mühsame Weg zur Demokratie häufig mit enormen Gewalt- und Kriegspotenzialen gepflastert ist, die ihn sogar für längere Zeit ganz versperren können.<sup>7</sup>

Noch eine Einschränkung vorab: Dieser *Standpunkt* ist keine Beurteilung des Kriegsgeschehens in Afghanistan. Das wäre ein eitles Unterfangen. Lange war das, was man in Demokratien gemeinhin die diskutierende Öffentlichkeit nennt, zum Zuschauer eines unsichtbaren Geschehens degradiert. Nach dem Beginn von „Enduring Freedom“ am 7. Oktober sah sie vier Wochen lang nichts als nichtssagende grünstichige Bilder nächtlicher Bombenattacken. Später kamen Aufnahmen von irgendwo in öden Bergen explodierenden Bomben hinzu. Und immer wieder die Fotos von exotischen Wüstenkriegern mit



Die Taliban verfolgten ihre Gegner mit grausamer Härte: Öffentliche Hinrichtung in Kabul.

Quelle: Der Spiegel 38/2001

gen, lässt sich auch *nicht* aus Verelendungsprozessen ableiten, wie sie der im Zeichen der Globalisierung beschleunigte kapitalistische Modernisierungsprozess erzeugt. Davon gehen die folgenden Überlegungen aus.

Selbstredend kann es hier nicht darum gehen, den historisch konkreten Gehalt des politischen Terrorismusbegriffs seit der Französischen Revolution zu rekonstruieren.<sup>6</sup> Doch scheint es angesichts der landauf, landab anzutreffenden Verwischungen aller Unterschiede dringend geboten, begrifflich zu differenzieren.

Darüber hinaus setzt sich dieser *HSFK-Standpunkt* kritisch mit der verbreiteten Auffassung auseinander, die USA hätten am 11. September die Quittung für ihr außenpolitisches Sündenregister bekommen. Darauf liefen viele Ursachenzuschreibungen für den neuen Terrorismus hinaus. Hier wird das Augenmerk dagegen auf die Widersprüche

ihren beeindruckenden Gesichtern und imposanten Kopfbedeckungen. Nach vier Wochen zeitigte die technische Überlegenheit des mächtigsten Landes der Welt Wirkungen. Als die afghanische Nordallianz ihren Vormarsch begann, stürzte das Taliban-Regime wie ein Kartenhaus zusammen. Die Verheerungen des vierwöchigen Bombardements für die Zivilbevölkerung lassen sich von außen vorerst nicht bestimmen. Nie in der Geschichte habe es einen derart präzise auf militärische Anlagen beschränkten Luftkrieg gegeben, behauptet der amerikanische Verteidigungsminister. Das Land wurde „platt gebombt“, meinen viele Kritiker. Die Wahrheit liegt vorerst im Dunkeln – eine ideale Folie für allerlei Projektionen und Verschwörungstheorien. Nichts Genaues weiß man nicht – also ist alles denkbar. Man hält sich an das, was man immer schon von den USA gehalten hat. Sie rücken damit in den Mittelpunkt des Meinungsstreits.

Kaum jemand, der nicht die Forderung unterstützt, die Urheber des Massenmordes vom 11. September müssten gejagt, gefangen und vor Gericht gestellt werden. Aber viele sind der Meinung, das könne und müsse ohne Krieg gelingen. Sie bleiben in der Regel die Antwort darauf schuldig, wie denn anders. Und der Hinweis, dass die USA weder nach dem ersten Anschlag auf das World Trade Center im Jahre 1993 einen Krieg begonnen haben, noch nach den Attentaten auf amerikanische Botschaften in Ostafrika im Jahre 1998, vermag die Gewissheit vieler nicht zu erschüttern, dass sich Terrorismus nicht mit Krieg bekämpfen lasse. Sie scheint gegen alle Einwände wetterfest abgeschottet. Doch wurde Europa von den faschistischen Terror-Regimen – so der gängige Sprachgebrauch bis in die sechziger Jahre – einzig mit militärischer Gewalt befreit. Ist das schon vergessen? Oder möchte man es gern vergessen?

Wer militärische Mittel zur Bekämpfung des Terrorismus nicht rundweg ablehnt, sieht sich vorerst außerstande zu beurteilen, ob die völkerrechtlichen und moralischen Bedingungen, die an ihren Einsatz zu stellen sind,<sup>8</sup> eingehalten wurden und werden. Umso mehr spitzen sich die politischen Kontroversen hierzulande auf das Grundsätzliche zu: auf die Beurteilung der USA, auf die Zugehörigkeit zum politischen Westen als Staatsräson der Bundesrepublik Deutschland seit ihrer Gründung sowie auf ihre Bündnis-

verpflichtung. Schon im Golfkrieg gab es Gründe für die Annahme, dass dabei entscheidende Parameter für Stabilität und Frieden in Europa weniger die Frage deutscher Truppenbeteiligung ist, als vielmehr die Frage, wie tief das nach Berlin zurückgekehrte Deutschland nun aus freien Stücken innerlich mit dem Westen verbunden bleibt.<sup>9</sup> Diesmal sprang ins Auge, dass unter Deutschlands Dichtern und Denkern kaum einer für die Reaktion der angegriffenen USA und für „die uneingeschränkte Solidarität“ des Bundeskanzlers eintreten mochte.<sup>10</sup>

**Gewalt und Gewalt ist nicht immer dasselbe –  
Terror und Terror auch nicht**

Bundeskanzler Gerhard Schröder hat mit Recht betont, dass die Untaten des 11. September jenseits jeder „Legitimierbarkeit“ stehen. Und er hat die Differenz zu sozial- und nationalrevolutionären Bewegungen mit aller nötigen Deutlichkeit herausgestrichen: „Was hier geschehen ist, hat überhaupt nichts mit einer wie immer gearteten Guerrilla und – wie immer man auch dazu steht – Legitimierbarkeit eines Kampfes zu tun. Dahinter steht reiner Vernichtungswille und ungezügelter Hass gegen die Vereinigten Staaten. Insofern hat das eine völlig andere Qualität. Es ist überhaupt nicht erlaubt, das mit irgendeinem Freiheitskampf gleichzusetzen.“<sup>11</sup>

In der Tat steht ein modernes multinationales Gewaltunternehmen wie Al Qaida nicht in den Fußstapfen jener Befreiungsbewegungen, die sich im 20. Jahrhundert mit Millionen von Toten aus dem kolonialen Joch befreiten. Bin Laden ist nicht der Che Guevara unserer Zeit. Seine hasserfüllten Aufrufe haben eine andere Botschaft. Statt dem Kampf der Erniedrigten und Beleidigten für Freiheit und Gerechtigkeit das Wort zu reden, predigt Bin Laden Hass und Vernichtung.

Über revolutionäre Gewalt ist im Kontext des Entkolonialisierungsprozesses viel nachgedacht worden. Hier sei kurz an Frantz Fanon erinnert. Sein Buch „Die Verdammten dieser Erde“, 1961 erschienen, galt geradezu als eine Bibel für Emanzipationsbewegungen in der Dritten Welt.<sup>12</sup> Leider lasen viele auch diese Bibel nicht genau, sondern begnügten sich mit dem Vorwort von

## Kriegserklärung

Auszug aus einem Aufruf zu Mord und Krieg, den Osama Bin Laden am 23. Februar 1998 in Gestalt einer Fatwa zusammen mit anderen Führungsfiguren des extremistischen Islamismus veröffentlichte:

„(...) and in compliance with God's order, we issue the following fatwa to all Muslims: ‚The ruling to kill the Americans and their allies – civilians and military – is an individual duty for every Muslim who can do it in any country, in which it is possible to do it, in the order to liberate the al-Aqsa Mosque and the holy mosque (Mecca) from their grip, and in order for their armies to move out of all lands of Islam, defeated and unable to threaten any Muslim. This is in accordance with the words of Almighty God, ‚and fight the pagans all together as they fight you alltogether,‘ and ‚fight them until there is no more tumult or oppression, and there prevail justice and the fauith of God.‘“

Shaykh Usamah Bin-Muhammad  
Bin-Laden,

Ayman al-Zawahiri,  
amir of the Jihad Group in Egypt

Abu-Yasir Rifa'i Ahmad Taha,  
Egyptian Islamic Group

Shaykh Mir Hamzah,  
secretary of the Jamiat-ul-Ulema-e-  
Pakistan

Fazlul Rahman,  
amir of the Jihad Movement in  
Bangladesch

Quelle: [www.washingtonpost.com/ac2/...n/A4993-2001Sep21?language=printer](http://www.washingtonpost.com/ac2/...n/A4993-2001Sep21?language=printer)



Jean-Paul Sartre. Vor dem Erfahrungshintergrund des Algerienkrieges von 1954 bis 1961 verteidigte Sartre – einer der wenigen unnachgiebigen Kritiker dieses mit Folter und Massakern geführten Kolonialkrieges – dezidiert Fanons Plädoyer für antikoloniale Gewalt. Erstmals seit Friedrich Engels' berühmtem Diktum von der „Geburtshelferin der Geschichte“ rücke Fanon die Gewalt wieder ins rechte Licht.<sup>13</sup> Es waren ganz verschiedene Lichter. Denn Fanon geht es nicht um Aussagen über die Gewalt in der Geschichte überhaupt, schon gar nicht um die Apologie der Gewalt als solcher.

Anknüpfend an die Herr-Knecht-Dialektik in Hegels „Phänomenologie des Geistes“ hat Fanon vielmehr versucht, die Situation der vom Kolonialismus Unterdrückten zu analysieren, um den Bedingungen ihrer Befreiung auf die Spur zu kommen. Das Kolonialsystem ist anders als der entwickelte Kapitalismus unmittelbare Gewaltherrschaft. Der weiße Herr negiert den kolonisierten Knecht als Menschen und behandelt den Neger als Tier. Dieser koloniale Manichäismus spricht ihm jegliche Würde und Anerkennung als Gleichberechtigtem ab. Und nur in Ausnahmefällen haben die europäischen Kolonialmächte gezögert, zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft all jene extremen Gewaltmittel einzusetzen, die zu Hause verpönt waren.

Während im algerischen Befreiungskrieg bis zu einer Million Algerier umkamen, verlor Frankreich 22.000 Soldaten und schätzungsweise 3.000 Zivilisten.<sup>14</sup> Trotz aller kolonialen Massaker- und Folterpraktiken, konstatierte Fanon 1961 bitter, „ist nach beinahe sieben Jahren Verbrechen in Algerien noch kein einziger Franzose wegen eines Mordes an einem Algerier vor ein französisches Gericht zitiert worden.“<sup>15</sup>

Im antikolonialen Befreiungskampf beginnt Fanon zufolge der Kolonisierte, dem man immer gesagt hatte, dass er nur die Sprache der Gewalt verstehe, diese Lektion zu lernen und gegen den Kolonialherrn zu wenden. Der sei es, der nichts als Gewalt verstehe. Nur im Kontext kolonialer Herrschaft – das haben diejenigen verdrängt, die Fanon als Gewaltpropheten gelesen haben – komme der Gegengewalt eine befreiende Wirkung zu: „Auf der individuellen Ebene wirkt die Gewalt entgiftend. Sie befreit den Kolonisierten von seinem Minderwertigkeitskomplex, von seinen kontemplativen und verzweifel-

ten Haltungen. Sie (...) rehabilitiert ihn in seinen eigenen Augen.“<sup>16</sup>

Damit beginnt der Kampf um die eigene Menschenwürde. Nur deshalb gilt Gewalt Fanon als unvermeidlicher Bestandteil der Emanzipation. Und er hat ausführlich das Ringen um die Kontrolle dieser revolutionären Gewalt thematisiert. Dass sie sich vielfach von dieser Ursprungslegitimation ablöste und verselbstständigte, ist Fanon nicht entgangen: In dem Kapitel „Missgeschicke des nationalen Bewusstseins“ spricht er unverblümt von postkolonialem „Schmalspurfaschismus“.<sup>17</sup> Für Fanon war revolutionäre Gewalt nur unter der Bedingung gerechtfertigt, dass in jedem einzelnen Schritt des Kampfes das Emanzipationsinteresse und -versprechen erfahrbar ist.

Eine Differenzierung anderer Art betrifft die Wahl der Mittel. Schon Hegel hat in der Waffe das Wesen des Kriegers gesehen. Das gilt auch für die verschiedenen Spielarten des modernen Terrorismus. In Italien gab es seit 1969 terroristische Gewaltakte von links ebenso wie von rechts. Beides war nicht immer leicht zu unterscheiden und vermischte sich mitunter mit der ganz gewöhnlichen Kriminalität mafioser Strukturen. Doch hat sich die Faustregel bewährt: Linke Terroristen benutzen Pistolen, rechte Bomben. Zielen jene auf politische oder ökonomische Repräsentanten des Gesellschaftssystems, auf dessen „Charaktermasken“, wie es im Jargon hieß, auf Politiker, Richter und Journalisten, so wirkten diese ihrer Natur nach blind. Sie trafen Unschuldige, ohne jede Unterscheidung. Gegen die schnell wachsende neue und traditionelle Linke wollte die „Strategie der Spannung“ eine allgemeine Bürgerkriegsstimmung provozieren. Bombenanschläge auf dicht bevölkerten Plätzen und Bahnhöfen sowie in voll besetzten Zügen sollten ein Klima der Furcht und hysterischen Verdächtigung auslösen und die Rechte zum Staatsstreik veranlassen. Es ging mithin um Einschüchterung mittels reiner, zielloser Gewalt, um hergebrachte Machtverhältnisse aufrechtzuerhalten.

Auch wenn man diese Faustregel zu Hilfe nimmt, zeigt sich sofort, dass sich mit dem Angriff auf das World Trade Center nichts, aber auch gar nichts Emanzipatorisches verbinden lässt. Zwei Hochhäuser wurden in ein Massengrab mit mehr als 4.000 Unschuldigen verwandelt. Zugleich setzten die Mörder auf die spektakuläre Wirkung ihrer Tat.

Nicht nur, dass die modernen Kommunikationstechnologien von den Anschlägen und den zusammenstürzenden Türmen live intensive Bilder lieferten, sie näherten Zuschauer und Opfer wie nie zuvor aneinander an. „Auf diesen Effekt bauen die Mörder, es ist die Inszenierung, die zählt. Genauso wichtig wie der zerstörerische Akt sind seine globalen Schockwellen, darin liegt der barbarische Sinn. Man will nicht eine bessere Verhandlungsposition in einer politischen Auseinandersetzung erreichen, sondern der gesamten Welt mitteilen: Niemand ist sicher, die Angst ist überall. Darin liegt die Botschaft des 11. September 2001.“<sup>18</sup> Das Spektakuläre sollte den Schein realer Macht von Osama Bin Laden und seiner islamistischen Verschwörerorganisation Al Qaida erzeugen.

## Dimensionen des Neuen im internationalen Terrorismus

Fragt man nach der neuen Qualität dieses internationalen Terrorismus, so fallen drei Dimensionen auf. Zunächst die pure Größenordnung. Es geht offenbar darum, so viele Menschen wie möglich zu töten, eine Art Hassverbrechen mit Vernichtungsdimension. Schon im Februar 1993 war ein erster Anschlag auf die New Yorker *twin towers* erfolgt. Den Tätern war es gelungen, Sprengstoff in den Keller des einen Turms zu bringen und zu zünden. Sieben Stockwerke waren beschädigt, sechs davon unterirdisch. Wie durch ein Wunder blieb der Schaden begrenzt. Der als Ramzi Ahmed Yousef bekannte Rädelführer und Kopf der Untat erzählte später den Ermittlern, dass der Plan darin bestand, „einen der 110 Stockwerke hohen Türme auf den anderen stürzen zu lassen. Er hatte auf 250.000 Tote gehofft.“<sup>19</sup>

Zum Zweiten agieren die Täter nicht nur generalstabsmäßig, sondern auch international. Sie sind transnational organisiert, kooperieren global und schlagen nicht nur von außen zu, sondern dank ihrer Vernetzung aus dem Innern westlicher Gesellschaft heraus. Damit zerfließt der Unterschied zwischen Innen- und Außenpolitik. Die terroristischen Netzwerke sind regelrechte multinationale Gewaltunternehmen. Sie machen sich die Entterritorialisierung der globalisierten internationalen Zivil-

gesellschaft oder Gesellschaftswelt zu Nutzen. Anders als der von Carl Schmitt auf den Begriff des „Tellurischen“ gebrachte Partisan, dessen Legitimität aus der Verteidigung des eigenen Bodens und aus der Ununterscheidbarkeit von den eigenen Leuten erwuchs, kann der Terrorist neuer Art „ebenso unerkant in einer fremden Umgebung existieren, die ihm sogar besondere Möglichkeiten der Tarnung bietet.“ Er ist insofern „entwurzelt“, als er „in einem Aktionsraum operiert, der jede Verbindung zur territorialen Basis gelöst hat“.<sup>20</sup>

Schließlich ist der neue Terrorismus durch den spezifisch ideologisch-politischen Kontext seiner religiösen Motivierung und Legitimierung gekennzeichnet. Inzwischen hat sich der Unterschied zwischen Islam und politischem Islamismus herumgesprochen. Dieser verspricht, alle Antworten auf alle politisch-gesellschaftlichen Fragen im Rückgriff auf den Koran zu finden; zugleich bietet er die Vision, dass die muslimische Gemeinschaft dem technologisch und militärisch überlegenen Westen in ideeller und moralischer Hinsicht überlegen sei.

Der Islamismus, eine Reaktion auf gesellschaftliche Modernisierungsprozesse sowie auf die Krise des arabischen Nationalismus und marxistischer Gesellschaftsdeutungen, hat eine besonders rigide Gestalt im saudiarabischen Wahhabismus gefunden. Bin Laden versteht sich als sein glühender Anhänger und wirft der königlichen Familie vor, vom wahren Pfad der Tugend abgekommen

zu sein. Sie predige öffentlich Wasser des richtigen Glaubens, trinke aber heimlich Wein und fröne allen verpönten westlichen Genüssen. Der saudischen Dynastie sagte Bin Laden nach dem Golfkrieg den Kampf an, im Namen der ursprünglichen wahhabitischen Lehre. Sein verschworener Geheimorden bekämpft mit aller Gewalt Tabakgenuss und jede Art von Musik und Kunst. Dieses asketisch-sektiererische Eiferertum trifft alle Andersdenkenden, auch Muslime, mit derselben fanatischen Gewalt, mit der es im Zeichen eines „regelrechten Märtyrerkults“ auch vor Selbstzerstörung nicht zurückschreckt.<sup>21</sup>

Dem Terrorismus des 11. September geht es nicht um politisch gezielte Gewalt. Von eigenen Wertvorstellungen, Visionen oder Utopien von einer anderen, besseren Welt findet sich in den bisher zugänglichen Dokumenten keine Spur. Vielmehr hat die Abart des politischen Islamismus, die Osama Bin Laden und seine Al Qaida vertreten, eine apokalyptische Dimension.

Die moderne amerikanische und überhaupt westliche Welt ist, nicht zuletzt als militärische Stütze des saudiarabischen Regimes, der große Satan. Diesen zu beseitigen oder wenigstens spektakulär und empfindlich zu treffen, soll das Heil bringen. Die rücksichtslose Vernichtung von möglichst vielen Menschen, die irgendwie, weil sie zufällig in Hochhäusern arbeiten, zu dem verhassten westlichen System gehören, soll die eigene Sache um so heller leuchten lassen. Das hat

*Die saudische Königsfamilie ist für Osama Bin Laden ein vom wahren – wahhabitischen – Glauben abgefallener Feind, den es mit allen Mitteln zu bekämpfen gilt.*

*Quelle: Der Spiegel 38/2001*



## UN-Resolution 1368

Auf seiner 4370. Sitzung verabschiedete der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen am 12. September 2001 die Resolution 1368:

*Der Sicherheitsrat, in Bekräftigung der Grundsätze und Ziele der Charta der Vereinten Nationen, entschlossen, die durch terroristische Handlungen verursachten Bedrohungen des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit mit allen Mitteln zu bekämpfen, in Anerkennung des naturgegebenen Rechts zur individuellen und kollektiven Selbstverteidigung im Einklang mit der Charta,*

1. *verurteilt unmissverständlich mit allem Nachdruck die grauenhaften Terroranschläge, die am 11. September 2001 in New York, Washington und Pennsylvania stattgefunden haben, und betrachtet diese Handlungen, wie alle internationalen terroristischen Handlungen, als Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit;*

2. *bekundet den Opfern und ihren Angehörigen sowie dem Volk und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika sein tiefes Mitgefühl und Beileid;*

3. *fordert alle Staaten dringend zur Zusammenarbeit auf, um die Täter, Organisatoren und Förderer dieser Terroranschläge vor Gericht zu stellen, und betont, dass diejenigen, die den Tätern, Organisatoren und Förderern dieser Handlungen geholfen, sie unterstützt oder ihnen Unterschlupf gewährt haben, zur Verantwortung gezogen werden;*

(...)

mit einer Emanzipationsperspektive nichts zu tun – deshalb ist die gedankenlose Gleichsetzung dieses islamistischen Terrorismus mit antikolonialer Gewalt so ärgerlich.

Und sie hat zum Zweiten weniger mit dem Islam zu tun, als mit dessen Perversion – auch wenn die Täter zynisch auf einen *clash of civilizations* spekulieren, indem sie auf Märtyrer- und Solidarisierungseffekte im Krieg gegen die größte Militärmacht der Welt setzen. In der wahnhaften Vorstellungswelt der Attentäter kommt Massenmord, bei dem die Täter bereitwillig auch ihr eigenes Leben als Waffe einsetzen, der eigenen Erlösung gleich.

Diese die Selbsterhaltung als menschliche Grundmaxime sprengende „Logik“ erinnert, wenn man schon Vergleiche ziehen will, an den Schlachtruf der Faschisten aus dem spanischen Bürgerkrieg: „Viva la muerte!“ Und angesichts ihrer Verbindung mit hochrationaler modernster Technologie noch viel mehr an den ideologisch finstersten Kern des Nationalsozialismus, nämlich den Wahn, die Juden nicht zu unterdrücken oder zu vertreiben, sondern millionenfach zu vernichten, um dadurch das eigene Volk zu „befreien“ und zu „erlösen“ von dem Bösen.

### Haben sich die USA dieses Attentat selbst zuzuschreiben?

Antiamerikanismus ist etwas anderes als Kritik an den USA. Er bezieht sich nicht auf konkrete politische Handlungen und Strategien, sondern denunziert die USA *in globo* für alle Übel dieser Welt. Zu den degoutanten Aspekten der „klammheimlichen Freude“ über den 11. September gehört, dass zu diesem antiamerikanischen Reflex auch der Antisemitismus gehört. Das reicht von der umstandslosen Gleichsetzung des 11. September mit der Politik Israels bis hin zur Verdächtigung, aufgrund der technischen Perfektion der Anschläge auf das World Trade Center komme eigentlich nur ein Täter in Frage: der Mossad. Einem bekannten perfiden Strickmuster folgte auch das Gerücht, Israel habe alle New Yorker Juden davor gewarnt, am 11. September zur Arbeit zu gehen. Schon in der Nazi-Propaganda waren New York und die Wallstreet *die* Symbole düsterer finanzkapitalistischer Machenschaften und jüdischer Verschwörungen.<sup>22</sup>

Die Reaktionen auf den 11. September waren geteilt. Auf der einen Seite eine Welle von Empathie nicht nur im Westen, sondern weltweit. Russland und China verurteilten die Anschläge ebenso spontan und entschieden wie fast alle Staaten der islamischen Kultur. Und Anteilnahme und Solidarität beschränkten sich nicht allein auf die Staatsführungen. So kam es etwa beim WM-Qualifikationsspiel der Fußballmannschaft

gen. Einen Ersatz für die fehlende Legitimation suchen die Autokraten aus dem Einvernehmen mit auswärtigen Partnern zu gewinnen, was ihrer reaktionären Despotie den Anstrich von Fremdherrschaft gibt.<sup>23</sup>

Ist es bloß Zufall, dass die Mehrzahl der namentlich bekannt gewordenen Attentäter des 11. September aus Saudi-Arabien kommen? Bin Laden, der als Kopf des neuen internationalen Terrorismus gilt, besaß dort



Kritisch gemeint – doch wo bleibt dabei die Reflexion der Differenzen zwischen Afghanistan und Vietnam?

Irans gegen Bahrein zu einer Trauerminute – in Teheran, der Hauptstadt der „Islamischen Republik“, die den Hass auf die Vereinigten Staaten seit 22 Jahren als Staatsdoktrin predigt!

Auf der anderen Seite wurden von Anfang an auch andere Stimmen laut. Ihr Leitmotiv war: Wer Wind sät, wird Sturm ernten. Die Meinung, die den USA selbst die Schuld am 11. September zuschreibt, speist sich aus antiamerikanischen Reflexen unterschiedlicher Provenienz. Die offenen in der arabischen Welt zehren von der arabischen Niederlage im Krieg gegen Israel 1967 ebenso wie von den Verwerfungen einer halbierten oder missglückten Modernisierung. Innergesellschaftliche Kritik am Autoritarismus der herrschenden Eliten und an der Politik der USA verquicken sich.

Denn diese werden – und nicht zu Unrecht – als Schutz- und Garantmacht der korrupten, im Luxus schwimmenden Herrschaftsquellen wahrgenommen. „Das tiefe Unbehagen an dem, was Araber bitter ‚Pax Americana‘ nennen, gilt zunächst den amerikafreundlichen arabischen Regimes (...) als den einheimischen Vollstreckern westlicher Wirtschaftsinteressen, die die große Mehrheit der Araber um ihren Anteil am gutgegebenen Ölreichtum der Region betrü-

am Hof lange einflussreiche Förderer. Nicht auszuschließen, dass sie versuchten, ihn als Werkzeug für ihre partikularen Machtinteressen zu benutzen.

Diejenigen in Europa, die der von den Islamisten betriebenen Verteufelung der USA allzu bereitwillig Verständnis entgegenbringen, müssen daran erinnert werden, dass die militärischen Interventionen der USA auf dem Balkan nicht gegen Muslime, sondern umgekehrt zu Gunsten von Muslimen erfolgten: so 1995 in Bosnien-Herzegowina und 1999 im Kosovo. Und im Golfkrieg hatten die USA, von der UNO mandatiert, gegen den Irak Saddam Husseins mit dem Ziel interveniert, das überfallene und annektierte Kuwait wieder herzustellen; dazu hatte sich seinerzeit eine breite Koalition gebildet, die zahlreiche arabische Staaten einschloss.

Das Konstrukt einer eindeutigen Kontinuität US-amerikanischer Interventionspolitik gegen die islamische Welt verfälscht die historischen Realitäten. Gelegentlich unterstellen dieselben Leute eine solche Kontinuität amerikanischer Außenpolitik, die noch wenige Tage vor dem 11. September steif und fest behaupteten, die Vereinigten Staaten würden im Kosovo, in Südserbien und auch in Mazedonien gezielt die UCK unterstützen, um aus irgendwelchen geopolitischen



Erwägungen den Balkan nachhaltig zu destabilisieren.

Es muss verwundern, wie nach der Aggression vom 11. September die Solidarität mit den USA, an der in Europa Regierungen und Parlamente festhielten, nach dem 7. Oktober in breiten Kreisen der veröffentlichten Meinung der Empathie mit den Opfern der Bombardements gewichen ist. Die Solidarität mit den USA verblasste, bald sah man



Quelle: Der Freitag vom 30. November 2001

sie nur mehr als Täter. Diese Verkehrung ähnelt der anti-amerikanischen Stimmung während des Golfkrieges, als ein namhafter Sprecher der bundesrepublikanischen Friedensbewegung formulieren konnte: „Die Kontinuität US-amerikanischer blutiger Expansion reicht von der Ausrottung der Indianer, über die Dauerintervention in Lateinamerika, die Kriegsverbrechen Dresden und Hiroshima, über Vietnam und bis zum Massaker am Mutla Ridge im Februar 1991 südlich der irakischen Stadt Basra.“<sup>24</sup>

Vergleichbare Äußerungen sind auch im Kontext ihres Krieges gegen den Terrorismus immer wieder zu hören. Nun ist auch hier wieder zu differenzieren: Anti-amerikanische Ressentiments und berechtigte Kritik an den Defiziten US-amerikanischer Außen- und Weltordnungspolitik sind nicht dasselbe. In diesem Standpunkt geht es nicht um die hegemonialen Beziehungen der USA zu Lateinamerika; ihre unrühmliche Rolle beim 11. September 1973 in Chile ist nicht vergessen. Und auch am Vietnam-Krieg gibt es nichts zu beschönigen: Er wird im Nachhinein um keinen Deut besser, als er war. Doch das eine waren die – richtigen – Proteste gegen die amerikanische Rolle beim blutigen Militärputsch gegen Allende und gegen den Vietnam-Krieg, das andere ist die kritische Selbst-

reflexion, warum eine verräterische Parole wie „USA-SA-SS“ seinerzeit in der Protestbewegung keinen Sturm der Entrüstung ausgelöst hat.

Das anti-amerikanische Ressentiment funktioniert wie ein Reflex. So sagte beispielsweise der Psychoanalytiker Horst-Eberhard Richter, „der Westen habe durch seinen Großmachtwahnsinn die Anschläge selbst provoziert (...), der Stärke Kult Amerikas sei die Ursache des Übels.“<sup>25</sup> Susan Sontag hat solchen Schuldzuschreibungen eine Abfuhr erteilt: „Die Ansicht, die ich unter amerikanischen Intellektuellen wie Gore Vidal und vielen bornierten Intellektuellen in Europa entdeckte – dass Amerika sich diese schreckliche Katastrophe selbst zuzuschreiben, dass es Mitschuld habe an den Tausenden Toten –, diese Ansicht kann ich nicht teilen. Bei aller Kritik an der amerikanischen Außenpolitik: Dieses Massaker zu entschuldigen oder zu rechtfertigen, indem man den Vereinigten Staaten die Schuld dafür gibt, ist obszön. Terrorismus ist Mord an unschuldigen Menschen. In diesem Fall war es Massenmord.“<sup>26</sup>

Kritiker des Krieges in Afghanistan weisen gerne darauf hin, dass es die USA selbst waren, die in Afghanistan politische Islamisten aufgerüstet und unterstützt haben. Das stimmt. Doch ist das Argument falsch, wenn der damalige Kontext außer Acht gelassen wird: Zum ausschlaggebenden Paradigma des Ost-West-Konflikts gehörte, dass jede der beiden Weltmächte in der Dritten Welt ziemlich unbesehen die Feinde der anderen unterstützte. Und nicht mit dem Krieg der USA und Großbritanniens gegen das Taliban-Regime begannen Bürgerkrieg, Bombenterror und Schreckensherrschaft in Afghanistan, sondern lange davor. Es war die sowjetische Okkupation Afghanistans an Weihnachten 1979, mit der sich dort nicht nur die innenpolitische Gewalt verschärfte, sondern auch die klaren Grenzen zwischen Bürgerkrieg und Krieg zu zerfließen begannen – Ironie der Geschichte, dass ausgerechnet sie den Keim zum Zerfall der Sowjetunion legte.<sup>27</sup>

Genauso, wie Bin Laden und die Taliban religiöse Argumentationsfiguren und Koranverse instrumentell missbrauchen, um ihre terroristischen Praktiken legitimatorisch zu bemänteln, genauso spießen sie gravierende Fehler der amerikanischen Weltordnungspolitik auf, um die USA zum großen Satan

## Täter sind keine Opfer

*Die Argumentation (...) vieler (...) Intellektueller erinnert an eine Denkfigur französischer Pazifisten in den dreißiger Jahren. Verblendet waren sie durch ihren Pazifismus. Sie interpretierten das Hochkommen Hitlers nicht nur als Folge, sondern quasi als nachvollziehbare Antwort auf westliche Verfehlungen (den Versailler Vertrag), und sahen so die Errichtung seines Regimes als einen im Grunde legitimen Versuch, dem deutschen Volk seine Würde zurückzugeben.*

(...)

*Die Fundamentalisten sind Täter, nicht Opfer und auch nicht Repräsentanten von Opfern, die uns nun durch die Anschläge auf die „dunkle Seite der Globalisierung“ aufmerksam machten. Dieses Argument ist schon deshalb absurd, weil die Attentate selbst von Profiteuren der Globalisierung begangen wurden.*

(...)

*Überhaupt wirft der Globalisierungs- als Opferdiskurs ein schräges Licht auf die Lage. Man könnte sich fragen, ob die westlichen Intellektuellen nicht in einer Art umgekehrten Chauvinismus und Sündenstolz allein dem Westen einen Status als historisches Subjekt zubilligen wollen. Sie vergessen über der Mitverantwortung die Selbstverantwortung. Zumindest den Nahen und Mittleren Osten kann man nicht jener „Dritten Welt“ zuordnen, deren Armut der Preis für den westlichen Reichtum wäre.*

(...)

*Diese Länder haben ihre eigenen Probleme, die sich nicht auf die Globalisierung reduzieren lassen. Wenn der Fundamentalismus eine „Antwort“ ist, dann auch auf die eigene Unfähigkeit und den eigenen Unwillen dieser Länder, sie zu lösen. Viele westliche Intellektuelle aber bleiben einer alten Tradition treu und geben die Schuld lieber dem Westen.*

(...)

Thierry Chervel, Sündenstolz. Nicht der Westen ist schuld – ein Einwand gegen neue Plattitüden, in: Süddeutsche Zeitung vom 24. September 2001

zu stilisieren, gegen den jede, aber auch wirklich jede Form von Gewalt nicht nur legitim, sondern auch geboten erscheint.

Herangezogen werden dabei insbesondere der Nahost-Konflikt, Sanktionen und Bombardierungen gegen den Irak und die Kooperation mit Saudi-Arabien. Fraglos messen die USA im Palästina-Konflikt auf empörende Weise mit zweierlei Maß. Israels Verstöße gegen UN-Resolutionen sind Legion, ohne dass sich die USA bisher entschließen mochten, dagegen einzugreifen. Das wäre insofern nötig, als die beiden Protagonisten dieses antagonistischen Interessengegensatzes offenkundig aus eigener Kraft nicht imstande sind, sich auf einen Kompromiss zu verständigen.<sup>28</sup>

Und es bleibt zu hoffen, dass Washington im Zeichen des Feldzugs gegen den Terrorismus mehr Druck auf die Konfliktparteien im Nahen Osten ausüben wird, sich ernsthafter als bisher um eine Perspektive der Koexistenz zu bemühen. Darauf werden die arabischen Partnerstaaten der Koalition gegen den Terrorismus drängen.

Der Wahrheit halber muss freilich auch hinzugefügt werden, dass ihnen bisher das Schicksal der Palästinenser nicht übermäßig am Herzen lag. Wohl aber waren sie interessiert an seinem rhetorischen Gebrauchswert: Der Konflikt gestattet ihnen auf bequeme Weise, alle Kritik von sich auf Israel und die USA umzulenken. Fraglos können politische Islamisten das beklagenswerte Schicksal der Palästinenser als legitimatorischen Resonanzboden nutzen. Fraglich ist gleichwohl, ob jene Kausalität stimmt, die gern zwischen dem Nahost-Konflikt und dem islamistischen Terrorismus à la 11. September behauptet wird.

Was die Auswirkungen der Embargo- und Bombardierungspolitik gegen den Irak angeht, so sei an das kritische Urteil des früheren Koordinators des humanitären Hilfswerks der UNO erinnert: „Menschlich katastrophal, politisch wirkungslos – 10 Jahre Wirtschaftssanktionen gegen den Irak.“<sup>29</sup> Hans C. Graf Sponeck ist aus Protest gegen diese Politik von seinem Amt zurückgetreten: Sie erreiche ihr Ziel nicht, Saddam Hussein zu stürzen; bewirke aber den Tod Hunderttausender von Unschuldigen. Als Außenministerin Madeleine Albright 1996 auf die massenhaft verhungerten Kindern im Irak angesprochen wurde, zuckte sie mit den Schultern.



Die zehnjährige sowjetische Besetzung Afghanistans ließ die Grenzen zwischen Krieg und Bürgerkrieg zerfließen.

Quelle: Der Spiegel 42/2001

Offenbar versagt gegenüber einem totalitären System, das lieber seine Kinder verhungern lässt, als mit der UNO und dem Westen zu kooperieren, jede Embargopolitik. Das ist für alle eine bittere Lektion, die immer wieder das Embargo als Alternative zum Krieg hochhalten. Wie anders aber man im Irak eine Diktatur beseitigen könnte, die chemische Massenvernichtungswaffen nicht nur nachgewiesenermaßen herstellen lässt, sondern auch vor ihrem Einsatz gegen die eigene Bevölkerung nicht zurückgeschreckt ist, bleibt ein ungelöstes Problem.

Es ist freilich eines für westliche Ordnungspolitik und Moral, nicht aber eine Ursache für politischen Islamismus und Terrorismus. Denn von Solidarität von Bin Ladens Islamisten mit dem Irak kann keine Rede sein. Es dürfte kein politisches System geben, das ihnen verhasster ist als das Saddam Husseins. Als er Kuwait überfallen hatte, wollten sie es mit islamistischen Freiwilligen befreien und Saudi-Arabien gegen einen möglichen Angriff Saddams verteidigen. Es war ein Schock für sie, dass das die USA übernahmen – erst danach verwandelten sich die antiamerikanischen Affekte von Al Qaida in offene, erklärte Feindschaft gegen die USA.<sup>30</sup> Und wer in Europa allzu bereitwillig Verständnis für die islamistischen Brandreden zeigt, Saudi-Arabien habe „die Ungläubigen“ ins Land geholt, muss daran erinnert werden, dass das im Kontext einer breiten arabischen Front gegen den expansionistischen Irak mit seinem säkularen Regime geschah.

Saudi-Arabien stellt für die Politik der USA – und überhaupt des Westens – eine Art

Quadratur des Kreises dar. Auf der einen Seite dient das Königshaus als *swing supplier* und damit Garant des internationalen Erdölflusses den Interessen der USA. Doch keineswegs ihnen allein – davon profitieren alle Erdölimporteure. Auf der anderen Seite unterstützt Saudi-Arabien politische Islamisten auf der ganzen Welt. Teils aus ideologischen Gründen, versteht sich doch die königliche Familie als Gralhüter des Wahhabismus, der einst aus einer puritanischen Erneuerungsbewegung hervorgegangen ist; teils als Ventil für die wachsende innergesellschaftliche Kritik an Korruption, Klientelismus und Autoritarismus sowie am üppigen Lebensstil des Königshauses, den die islamistische Opposition der moralischen Libertinage und der Abkehr vom Islam zeihet.

An Saudi-Arabien lässt sich exemplarisch zeigen, wie totalitäre Regimes den politischen Islamismus stärken. Spätestens seit ihrer Demütigung durch islamistische Eiferer im November 1979<sup>31</sup> unterdrückt die saudiarabische Dynastie jede oppositionelle Regung. Dadurch ist die Moschee zum einzigen Ort geworden, an dem sich Kritik überhaupt noch artikulieren kann. Der religiöse Rahmen bleibt das einzige Bezugssystem für politische Auseinandersetzungen, solange Pressefreiheit und kritische Öffentlichkeit nicht zugelassen sind. Insofern trägt der Autoritarismus ein gerüttelt Maß dazu bei, dass hier der politische Islamismus erstarkt. Seine besonders radikale Spielart gründet in den asketisch-reformerischen Zügen des Wahhabismus.

Sollte das Land des märchenhaften Reichtums versuchen, endlich in Richtung Demo-



kratisierung aufzubrechen, so könnten davon unter Umständen weniger die Anhänger von Freiheit und Gleichheit profitieren, als vielmehr all jene fundamentalistischen Kräfte, die dem Regime im Namen des wahren Wahhabismus den Kampf angesagt haben. Eine davon ausgehende Destabilisierung, die sich auf die gesamte Region ausweiten könnte, fürchtet der Westen mehr als den – mit Recht – erhobenen Vorwurf der Einäugigkeit gegenüber einem die Menschenrechte mit Füßen tretenden Regime. Das gehört zu den Antinomien westlicher Demokratisierungspolitik.

### Modernisierung ohne Reformen

Die Rede von der Schattenseite der Globalisierung wird im Kontext der Ursachenanalyse für den Terrorismus falsch, wenn sie nur Verelendung meint. Bin Laden und die namentlich bekannten Attentäter des 11. September sind weniger Opfer, als vielmehr Profiteure der Globalisierung. Die Gelder der früheren *Saudi Binladin Group* sind in mehreren Nachfolgeunternehmen im internationalen Finanzsystem gewinnträchtig angelegt. Und die Attentäter waren keine Armen, sondern Mittelständler, die neben Studienplätzen und Stipendien im Westen materielle Unterstützung durch islamistische Netze genossen. Deshalb leuchtet die Forderung, der Krieg gegen den Terrorismus müsse ein Krieg gegen die Armut sein,<sup>32</sup> nur scheinbar ein. So gute Gründe es gibt, Armut und Hunger mehr als bisher zu bekämpfen, so wenig ist diese Formel genau besehen die richtige Strategie, um den Terrorismus – schon gar kurzfristig – zu bekämpfen.

Der politische Islamismus hat vielfältige Bewegungsformen und erschöpft sich bei weitem nicht in der Gewaltbereitschaft einzelner Gruppen. Auch hier ist zu differenzieren. Dass diese im Westen gern mit *dem* politischen Islamismus, wenn nicht mit *dem* Islam gleichgesetzt wird, hat mehr mit unserer Bequemlichkeit zu tun, als dass es stimmte. Die Kausalität zwischen den Schattenseiten der Globalisierung, sprich: Verelendungsprozessen in Teilen der Dritten Welt, und dem neuen internationalen Terrorismus, ist eine Konstruktion. Der politische Islamismus und seine radikalsten, terrori-

stischen Gruppen gründen nicht in Armut. Viel entscheidender sind nicht bewältigte Folgen der tiefgreifenden sozialen und mentalen Umbrüche, die der ökonomisch-gesellschaftliche Modernisierungsprozess erzeugt. Es existiert bis heute kaum ein Text, der diesen Zusammenhang anschaulicher beschreibt als das „Manifest der kommunistischen Partei“ von Karl Marx und Friedrich Engels.

Letzterer schrieb einmal in einem Brief: „*La terreur*, das sind größtenteils nutzlose Grausamkeiten, begangen von Leuten, die selbst Angst haben, zu ihrer Selbstberuhigung.“<sup>33</sup> Kapitalistische Modernisierung löst insofern Verunsicherung und Ängste aus, als Mobilisierungs-, Urbanisierungs- und Bildungsschübe hergebrachte Sozial- und Familienstrukturen radikal zersetzen.

Ausschlaggebend ist, ob es gelingt, an ihrer Stelle neue Formen sozialer Integration zu schaffen, die von der Mehrheit der Menschen akzeptiert werden. Der arabische Nationalismus stand für diesen Versuch ebenso wie marxistische Interpretationen. Bei allen fundamentalen Unterschieden versuchten beide, die Imperative gesellschaftlicher Modernisierung mit Fortschrittsemphase und mit einem neuen Gleichheitspostulat zu verbinden.

Der Aufstieg des politischen Islamismus stieß in das von der Krise des arabischen Nationalismus und aller sozialistischen Utopien hinterlassene Vakuum. Wie es scheint, zeigen sich in der islamischen Welt die Widersprüche und katastrophischen Folgen dessen, was Soziologen halbierte Modernisierung nennen, besonders ausgeprägt. Das rapide ökonomische Wachstum zerreißt viele traditionale Loyalitäten zu Familie, Dorfstrukturen und Religionsgemeinschaft, die Zugehörigkeit und Schutz gewährten. Da indes gesellschaftliche und politische Reformen ausblieben, entscheiden die alten Kriterien von Abstammung und Herkunft über Chancenvergabe und Machtbeteiligung noch immer mehr als alles andere.

Besonders aufstiegs- und bildungsorientierten Schichten und Individuen, für das Versprechen der Moderne auf Gleichheit und Freiheit durchaus sensibel, stellt sich der blockierte Übergang von traditionellen Gemeinschaften zur modernen Gesellschaft als Kumulation von Benachteiligungen und Ungerechtigkeiten dar. Der Berliner Islamwissenschaftler Stephan Rosiny hat das auf

### Zur Zukunft des Islam

*(...) Der saure Apfel, in den die muslimischen Gesellschaften nun beißen müssen, um modern zu werden, besteht in der Entpolitisierung der Religion. Religion muß in die Privatsphäre zurückkehren. Der einzige Aspekt der Moderne, der die Terroristen bisher interessiert, ist die Technologie: In ihr sehen sie eine Waffe, die gegen ihre Schöpfer gerichtet werden kann. Dieser Terrorismus kann nur besiegt werden, wenn die islamische Welt sich die säkularen und humanistischen Prinzipien zu eigen macht, die die Grundlage der modernen Welt bilden. Ohne diese Prinzipien wird die Freiheit der muslimischen Staaten ein Traum aus einer fernen Zukunft bleiben. (...)*

Salman Rushdie,  
Der saure Apfel des Islam. Für eine  
Entpolitisierung der Religion,  
in: Frankfurter Allgemeine Zeitung  
vom 5. November 2001

eine prägnante Formel gebracht: „Das Individuum ist *sowohl* mit den Forderungen seiner traditionellen Umgebung, *als auch* mit denen der modernen Gesellschaft konfrontiert. Aber der Einzelne kann sich umgekehrt *weder* auf die traditionelle Gemeinschaft mehr verlassen, *noch* gewährt ihm der Staat bereits neue Sicherheiten.“<sup>34</sup>

Falsch sind die im Westen geläufigen Bilder, die Islamismus mit der Welt des Mittelalters oder gar der Steinzeit konnotieren. Die Dinge sind komplizierter. Soziale und mentale Erosionen hergebrachter sozialer Milieus erst machen die Glaubensgemeinschaft aller Muslime zum leuchtenden Bild. Umso mehr, als autoritäre Regimes alles tun, um jede nicht religiös formulierte Kritik und Opposition zum Schweigen zu bringen.

Diese Gemeinschaftsvorstellung, oft in eine mythische Vergangenheit projiziert, wird nun aber von den Islamisten nicht in Anspruch genommen, um vor der Moderne ins Mittelalter zu flüchten, sondern umgekehrt als soziales Integrationsmittel propagiert, das die Wunden der Modernisierung zu heilen verheißt.

Insofern ist es kein Widerspruch, dass viele Anhänger und Intellektuelle des politischen Islamismus einem politischen Erfahrungshintergrund des Nationalismus oder Marxismus entstammen. Wenn die kapitalistische Modernisierung zwar traditionale Sozialstrukturen, Dorfgemeinschaften, hergebrachte Autoritäten und Hierarchien zersetzt, aber neue soziale und politische Integrationsmechanismen ausbleiben oder von den herrschenden Cliques unterdrückt werden, wachsen Individualisierung und Säkularisierung für viele zur übermächtigen Bedrohung. Vor diesem Erfahrungshintergrund erst geraten die islamische Gemeinschaft zum anheimelnden Gegenmodell und die USA als das Land der Individualisierung *par excellence* zum mythisch übersteigerten Hassobjekt.

In der gesellschaftlichen Rolle der Frauen scheinen sich diese Antagonismen der Modernisierung zwischen Emanzipation und Bedrohung zu verdichten. Die extreme Frauenunterdrückung in Iran 1979 ebenso wie die totalitäre Entrechtung der Frauen im Taliban-Regime sind eine Reaktion auf Verunsicherungen der Modernisierung. Noch einmal sei auf Saudi-Arabien verwiesen. Dort lässt man Frauen zwar studieren, sie werden aber aus der Öffentlichkeit ferngehalten und

dürfen noch immer nicht Auto fahren, weshalb sie häufig einen Chauffeur haben – oft technisch überqualifizierte Immigranten.<sup>35</sup> Die islamistische Ideologie verspricht, dieses verwirrende Durcheinander von Modernisierungsfolgen und traditionellen Rollenvorstellungen zu lösen – durch die völlige Unterordnung der Frau. Die frauenverachtende Reduktion von Komplexität schlägt weit über das Ziel hinaus, traditionale Rollenmuster zu bewahren. Übrigens gehört zu den altbekanntesten Topoi des Antiamerikanismus

Kosovo: Ganze Generationen wurden und werden in Kriegen und Bürgerkriegen sozialisiert. Wenn sie zugleich den Eindruck haben, dass sich im Westen niemand um sie schert, schlägt die Stunde der Hassapostel, Apokalyptiker und Vernichtungsideologen. Und wenn die einzige Chance, überhaupt irgendeine Schulbildung zu erhalten, islamistische Koran-Schulen sind, darf sich niemand über die Indoktrinierungserfolge wundern. Wie es scheint, diente das Schreckenregime der Taliban als Opera-

Osama Bin Laden (2.v.r.), ein Kind der westlichen Zivilisation – Die Schweizer „Weltwoche“ dokumentiert hier mit einem Bild aus den frühen siebziger Jahren eine selten bedachte Tatsache.

Quelle:  
Blätter des Informationszentrums 3. Welt, Ausgabe 257, Nov./Dez 2001



auch die Denunziation der angeblichen Frauenherrschaft bei Juden und in den USA.<sup>36</sup>

Eine weitere Ursache für die Gewaltbereitschaft vieler politischer Islamisten liegt im völligen Zerfall staatlicher Strukturen. Jahrzehntelange Kriege und Bürgerkriege mit ihren lang anhaltenden Wunden, Gewaltmärkten und Millionen von Flüchtlingen sind Brutstätten für terroristischen Nachwuchs. Ob es der seit Jahrzehnten ungelöste Palästina-Konflikt, ob der seit den siebziger Jahren anhaltende Bürgerkrieg in Afghanistan, oder ob Milosevics Apartheid im

tions- und Ausbildungsbasis für Al Qaida und andere islamistische Gotteskrieger, und war zugleich in hohem Maße auf deren materielle Unterstützung und „arabische Afghanen“ angewiesen.

Entgegen der in der islamischen Welt verbreiteten Opferideologie, für die das Italienische den Terminus *Viktimismus* kennt, sind ihre politischen Führungen und Eliten nicht nur Objekt, sondern haben viel zur Misere ihrer Länder beigetragen. Das übersehen Intellektuelle im Westen gern. Man müsse sich fragen, schreibt Thierry Chervel, ob sie nicht „in einer Art umgekehrten Chauvinismus

und Sündenstolz allein dem Westen einen Status als historisches Subjekt zubilligen wollen“. Der Nahe und Mittlere Osten fügen sich aber nicht ins gängige Bild von einer Dritten Welt, die für den Reichtum des Westens zahle: „Dieser Raum birgt bekanntlich ungeheure Reichtümer, deren gerechte Verteilung auch durch die Nationen der islamischen Gemeinschaft selbst zu klären wäre.“<sup>37</sup>

Autoritär verkrustete, klientelistische und korrupte politische Systeme verschärfen die ohnehin schwierigen Konvulsionen der Mo-



dernisierung. Experten halten es für unabdingbar, in der islamischen Welt endlich die Religion zu entpolitisieren und zu konfessionalisieren, d. h. zur Privatsache zu machen – Salman Rushdie nennt das „den sauren Apfel des Islam.“<sup>38</sup> Auch tun sich die herrschenden politischen Klassen schwer, kritische Öffentlichkeit, eigenständige Interessenvertretungen und gar politische Opposition zuzulassen. Ihre Unterdrückung läuft auf die Stärkung des politischen Islamismus hinaus. Die neuen, technisch gebildeten Mittelschichten brauchen politische Artikulationsmöglichkeiten und demokratische

Partizipationsrechte. Vieles spricht somit für die Annahme, dass der islamische Fundamentalismus weniger die Quittung für die Sünden der amerikanischen Außenpolitik oder der Globalisierung ist, als eine Antwort auf die Unfähigkeit und den Unwillen der eigenen politischen Klassen, auf die ökonomische und soziale Modernisierung mit politischen und ideellen Reformen zu reagieren.

### An welchem Maßstab messen wir die USA?

Die generelle Brandmarkung amerikanischer Weltpolitik wirft die Frage auf, an welchem Maßstab man sie misst. Was haben zum Beispiel die Europäer zur Lösung des Nahost-Konflikts oder zur Demokratisierung des Iraks und Saudi-Arabiens beigetragen? Immerhin besteht die Region aus ihren früheren Kolonien und Mandatsgebieten! Die blutige europäische Kolonialgeschichte und ihre Langzeitfolgen zu verdrängen und für alle ungelösten Konflikte der Weltpolitik die USA verantwortlich zu machen, ist allzu bequem. Gibt man sich nicht damit zufrieden, gerät in den Blick, dass auch wir, die europäischen Demokratien, in die Probleme verstrickt sind, die gern den USA angelastet werden.

Die USA als die älteste moderne Demokratie sind zugleich mit Abstand das mächtigste Land der Welt. Mit dieser singulären Machtposition gehen eine Reihe von Problemen einher. Sie sind *nolens volens* der Garant für das internationale System und seine Stabilität, weithin werden sie geradezu als dessen Urheber perzipiert. Die reale Machtfülle der USA wird projektiv ins Unermessliche gesteigert: Sie erscheinen als Demiurg sämtlicher internationaler und vielfach auch innerstaatlicher Verhältnisse. Das geht so weit, dass sich manche Zeitgenossen heute autochthone Gewaltkonflikte kaum mehr vorstellen können.

Das kraftstrotzende rhetorische Selbstbewusstsein manch amerikanischer Strategen, die in „der amerikanischen Vorherrschaft zur Zeit die einzige praktische Alternative zur globalen Anarchie“ sehen,<sup>39</sup> hat seine Kehrseite: Die USA werden für alles Elend dieser Welt haftbar gemacht. Dabei wird gerne insinuiert, wenn sie nur wollten, könnten sie überall auf der Welt umstandslos demokratischen Verhältnissen zum

### Anmerkungen:

- <sup>1</sup> Umberto Eco, Leidenschaft und Vernunft, in: Der Spiegel vom 22.10.2001, S. 206.
- <sup>2</sup> Wolfgang Sofsky, Der zerstörte Fluss der Zeit. Urplötzlich bricht die Gewalt herein, ohne jede Vorwarnung: Strukturmerkmale des Terrors als einer universalen Technik der Macht- und Gemeinschaftspolitik, in: Frankfurter Rundschau vom 8.11.2001. – Schon früher hat der Autor die reine, zweckfreie Gewalt suggestiv zur anthropologischen Konstante verklärt, vgl. W. Sofsky, Traktat über die Gewalt, Frankfurt 1996.
- <sup>3</sup> So Ernst-Otto Czempiel bei den Frankfurter Römerberggesprächen, Die Globalisierung schlägt zurück, in: FR vom 5.11.2001.
- <sup>4</sup> Arundhati Roy, Wut ist der Schlüssel. Ein Kontinent brennt – Warum der Terrorismus nur ein Symptom ist, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 28.9.2001.
- <sup>5</sup> Karl Marx, Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung, Marx-Engels-Werke Bd. 1, Berlin 1972, S. 385.
- <sup>6</sup> Instruktiv dazu Rudolf Walther, Terror, Terrorismus, in: Geschichtliche Grundbegriffe, hg. von Otto Brunner et al., Bd. 6, Stuttgart 1990, S. 323-444.
- <sup>7</sup> Damit befasst sich in der HSFK die Forschungsgruppe „Demokratisierung und Entwicklung“, vgl. [www.hsfk.de/deu/for/index.htm](http://www.hsfk.de/deu/for/index.htm)
- <sup>8</sup> Sie sind aufgelistet bei Harald Müller, Den Schock verarbeiten. Nach dem 11. September – Von der Sprache des Terrors zu politischen Handlungsoptionen, HSFK-Standpunkte 4/2001, S. 9 f.
- <sup>9</sup> Bruno Schoch, Deutschlands Vereinigung und die europäische Sicherheit, in: Friedensgutachten 1991, hg. von Johannes Schwerdtfeger et al., Münster 1991, S. 215-221.
- <sup>10</sup> Peter Schneider, Moralische Geiselhaft. Was heißt hier Zivilcourage? Der Konsens der deutschen Kriegsgegner ist bequem und selbstgerecht, in: Die Zeit vom 22.11.01; vgl. auch Henryk M. Broder, Die Arroganz der Demut, in: Der Spiegel vom 19.11.2001.
- <sup>11</sup> Eine neue Form der Selbstverteidigung. Bundeskanzler Gerhard Schröder in einem Interview über die Bedrohung der westlichen Zivilisation und Deutschlands Rolle in der Welt, in: Die Zeit vom 18.10.2001.
- <sup>12</sup> Überzeugend dazu Detlev Claussen, Die List der Gewalt. Soziale Revolutionen und ihre Theorien, Frankfurt 1982, S. 20-240.
- <sup>13</sup> Vorwort von Jean-Paul Sartre zu Frantz Fanon, Die Verdammten dieser Erde, Reinbek 1967, S. 12.
- <sup>14</sup> Martin van Creveld: Die Zukunft des Krieges, München 1998, S. 213 f.



Durchbruch verhelfen. Diese Omnipotenzprojektion verkennt indes, dass sich objektive ökonomische und gesellschaftliche Verhältnisse und Interdependenzen keineswegs auf eine Handvoll bössartiger Strippenzieher in Washington und in der Wallstreet reduzieren lassen. Geändert hat sich die Diktion, nicht die Phantasie: Mächte eine sozialrevolutionäre Linke früher den US-Imperialismus für alles verantwortlich, so denunzieren heute Islamisten die USA als Subjekt der Globalisierung und Inbegriff des Bösen. Dieser offene Antiamerikanismus lenkt von der Unfähigkeit der politischen Eliten in den arabischen Ländern ab, ihren Ländern in den Jahrzehnten seit der Entkolonialisierung eine Perspektive der Prosperität und Demokratie zu eröffnen.

Die ausgeprägte Machtasymmetrie bestimmt auch das Verhältnis der anderen Demokratien zu den USA. In zwei Weltkriegen sahen diese sich genötigt, der Selbsterstörung der Europäer Einhalt zu gebieten. Anders als 1918 widerstanden die USA nach 1945 der isolationistischen Versuchung und übernahmen in Europa *contre coeur* die Rolle als Hegemonialmacht. Hegemonie ist im Gegensatz zu Herrschaft gekennzeichnet durch die Zustimmung der Geführten.<sup>40</sup>

Dass die NATO den Zerfall des sowjetischen Widerparts bisher überstand, gründet nicht allein im Willen der USA, ihren politisch-militärischen Einfluss in Europa zu behalten, sondern auch darin, dass alle europäischen Staaten sie als Schutz- und Ordnungsmacht beibehalten wollen. Doch als nähmen die Europäer Amerika übel, dass es sie vom Faschismus befreien musste, hegen sie einen latenten Antiamerikanismus. Er amalgamiert alteuropäische Überlegenheitsdünkel auf eigentümliche Weise mit linken Traditionen – von der Opposition gegen die NATO-Gründung bis hin zur Nachrüstungsdebatte – gegen das transatlantische Bündnis. Im landläufigen Klischee von den USA als weltpolitischem Rambo, der nichts als Bomben werfen könne, kommt beides zusammen.

Die US-amerikanische Gesellschaft interessiert sich nicht besonders für soziale Gerechtigkeit und Elend in der Dritten Welt. Das trifft freilich für fast alle Demokratien zu. Ihre Politiker müssen und wollen gewählt werden, und den Wählern ist das eigene Interesse und Portemonnaie allemal näher als das Elend „weit hinten in der Türkei“. War-

um ist es in allen reichen Demokratien kaum möglich, wenigstens das international gesteckte Ziel einer Entwicklungshilfe von 0,7 Prozent des Bruttosozialprodukts durchzusetzen? Und wer engagiert sich hierzulande dafür, die ärmsten Länder dieser Welt zu entschulden? Oder für gesellschaftliche Initiativen zur Demokratisierungshilfe?

Dieses Desinteresse an den Verhältnissen außerhalb der eigenen Grenzen macht sich im Blick auf die arabischen Länder auf besondere Weise geltend. Soweit sie über

und *à la longue* ist das richtig. Doch als kurzfristiges Rezept taugt sie nicht. Sie kann unter Umständen mehr Gewalt erzeugen als unterbinden.

Immanuel Kant wusste, warum er in seinem berühmten philosophischen Entwurf „Zum ewigen Frieden“ die Republik der freien Bürger normativ postulierte, aber kein Wort darüber verlor, wie und um welchen Preis sie zu erreichen sei: „Die bürgerliche Verfassung in jedem Staate soll republikanisch sein.“ Dem Königsberger Philosophen konn-



*Auf verquere Weise hat der antiamerikanische Reflex auch mit der eigenen Geschichte zu tun.  
Quelle:  
Der Spiegel, Nr. 47/2001*

Ölressourcen verfügen, diktiert der Hunger im Westens nach billiger Energie, dass Stabilität über Demokratisierung gestellt wird. Das gilt keineswegs nur für staatliche Akteure, man erinnere sich an den Sturm der Entrüstung, als sich die Grünen vornahmen, den Benzinpreis nach und nach auf fünf Mark anzuheben.

Demokratien verhalten sich anderen Demokratien gegenüber friedlich, besagt das Theorem des Demokratischen Friedens. Folglich, so der naheliegende Schluss, besteht die Friedensstrategie darin, Autokratien und Diktaturen zu demokratisieren. Im Prinzip

te 1795 nicht entgangen sein, welche Gewaltpotenziale die Transition vom „Despotismus“, also von allen Formen unmittelbarer, feudaler Herrschaft, zur bürgerlichen Gesellschaft und zur republikanischen Partizipation aller Staatsbürger, birgt. Galt seine erste politische Anteilnahme dem Freiheitskampf der Nordamerikaner, so stellte die Französische Revolution in seinen Augen vollends eine epochale Zäsur der Menschheitsgeschichte dar: Sie sporne andere zur Nachahmung an.<sup>41</sup>

Hier zeigt sich die vielleicht gravierendste Antinomie der Theorie des demokratischen

Friedens. Weil sich herumgesprachen hat, dass Demokratien gegeneinander kaum Kriege führen, propagiert die Politik seit geraumer Zeit die aktive Förderung von Demokratie als Friedensstrategie. Ob in Grundsatzreden amerikanischer Präsidenten oder ob im Maastrichter Vertrag: Demokratisierungshilfe oder auch Demokratisierungsdruck „steht heute an der Spitze der Ziele westlicher Außenpolitik“.<sup>42</sup>

Doch blieb das *in praxi* bisher gerade für die arabische Welt folgenlos. Hier bestimmen andere Gesetze das außenpolitische Handeln. Im Interesse der Stabilität, die den reibungslosen Nachschub mit Öl verbürgt, triumphiert Realpolitik über Demokratisierungsstrategie. Und rücksichtslose Unterdrückung der gefürchteten Islamisten findet im Westen unverhohlenen Beifall, obwohl sie die Kluft zwischen autoritären Regimen und Bevölkerung ins Unermessliche steigert. Diese Repression treibt dem politischen Islamismus neue Leute in die Arme und erhöht so dessen Destabilisierungspotenzial. Und auf den wachsenden Einfluss der islamischen Fundamentalisten reagieren die Systeme mit islamischen Konzessionen einerseits und noch härterer Unterdrückung andererseits – ein *circulus vitiosus*.

Alle Demokratien im Westen, mitnichten nur die USA, unternehmen bisher keine Anstalten, ihn aufzubrechen. Und das gilt im Blick auf die arabischen Länder nicht nur für die staatlichen, sondern auch für viele gesellschaftlichen Akteure. Wer außer *amnesty international* protestiert dagegen, dass Menschenrechte mit Füßen getreten werden? Wer hat nicht applaudiert, als in Algerien demokratische Wahlen abgesagt wurden, nachdem die Islamisten sie zu gewinnen drohten? Wer rügt die Türkei, wenn das Militär gegen die Islamisten das laizistische Erbe Atatürks mit Gewalt und gegen die Demokratie verteidigt? Und welche westliche Demokratie möchte sich mit der autoritären Gerontokratie in Saudi-Arabien anlegen, deren Praxis sich längst vom Wahhabismus entfremdet hat, was sie mit Hunderten von Millionen Schutzgelder an fundamentalistische Gruppen zu kompensieren versucht?

Spezifisch für die USA ist zumal seit 1989, dass die Welt die USA mehr braucht als umgekehrt. Die Hypermacht kann es sich leisten, mehr auf ihre eigene Stärke als auf umfassende multilaterale Kooperation zu setzen. Und sie tat das seitdem auf mitunter ärgerli-

che Weise. Stichwörter dazu sind: Kyoto-Klimaschutzprotokoll, Internationaler Strafgerichtshof, Schuldenberg bei der UNO, Raketenabwehr und Widerstände gegen die Ratifizierung der Biowaffenkonvention. Der Harvard-Politologe Stanley Hoffmann hat die „Versuchung des Unilateralismus“ und den „Bossismus“ seines Landes gebrandmarkt: Es gebe seit zehn Jahren in der politischen Elite seines Landes eine Selbstgefälligkeit, die andere zur Raserei treiben könne.<sup>43</sup>

Manche Kritik daran aus Europa enthält freilich auch ein unredliches Moment: Der amerikanische Unilateralismus wird als Großmachtarroganz angeprangert, doch erwies sich die Europäische Union – der Washington die Befriedung des Balkans lange nur allzu gern überlassen wollte – außerstande, die ethnonationalistischen Massaker und Vertreibungen in Bosnien-Herzegovina aus eigener Kraft zu beenden. Zudem ist daran zu erinnern, dass die internationalen Organisationen und Institutionen dem angelsächsischen politischen Denken entstammen. Ohne Wilson keinen Völkerbund, ohne Roosevelt keine UNO.

Kurzum: Sachliche Kritik an den gravierenden Mängeln amerikanischer Außenpolitik ist das eine – gerade die Friedensforschung hat damit nie gegeizt. Etwas anderes indes ist die Ohnmacht der Europäischen Union in Sachen Weltordnungspolitik, erst recht die Häme, jene Defizite zum Anlass für „klammheimliche Freude“ zu nehmen oder in eine Ursache für den 11. September umzumünzen.

## Für das Neue gibt es keine bewährten Rezepte

Der Schock des 11. September besteht für die USA in der neuen Erfahrung ihrer Verletzbarkeit. Den Europäern ist das aus ihrer Geschichte vertrauter. Kein einziger Nationalstaat ist mehr in der Lage, alles Unheil von seinen Grenzen fernzuhalten. Damit macht aber die politische Verantwortung der westlichen Staaten – auch Deutschlands – weniger denn je an ihren Grenzen halt. Deshalb trifft die Kritik an der bisherigen westlichen Ignoranz gegenüber den Verwerfungen der Modernisierung und ihren Verletzungen und Bedrohungen zu: „Wir waren nicht sensibel genug für die Ängste

<sup>15</sup> Fanon, a.a.O., S. 7. – Das ist keineswegs bloße Geschichte. Mitte November 2001 hat erstmals ein französisches Gericht einem Mann Recht gegeben, der als Kind einer während des Algerienkrieges von französischen Soldaten vergewaltigten Algerierin, die danach Selbstmord verübte, für seine psychischen Störungen Schadensansprüche an den französischen Staat geltend gemacht hatte.

<sup>16</sup> Ebenda, S. 72. - Vgl. auch Herfried Münkler, Sehnsucht nach dem Ausnahmezustand, in: Reiner Steinweg (Hg.), Faszination der Gewalt, Friedensanalysen Bd. 17, Frankfurt 1983, S. 74.

<sup>17</sup> Fanon, ebenda, S. 132.

<sup>18</sup> Michael Werz, Sie bauen auf den Effekt der Inszenierung, in: Der Tagesanzeiger (Zürich) vom 13.9.2001.

<sup>19</sup> Russ Baker, Vorbote des Unheils. Der Mann, der das erste Attentat auf das World Trade Center verübte, in: FAZ vom 1.11.2001.

<sup>20</sup> Henning Ritter, Der Feind. Terror ohne Territorium, Vernichtung als Programm, in: FAZ vom 19.9.2001.

<sup>21</sup> Khalid Duran, Der Hass des Höhlenfürsten, in: FAZ vom 11.11.2001.

<sup>22</sup> Vgl. Dan Diner, Verkehrte Welten. Antiamerikanismus in Deutschland, Frankfurt 1993, S. 63-116.

<sup>23</sup> Georg Brunold, Ein Sohn arabischer Ohnmacht. Bin Ladins Terror ist nicht der Aufschrei der Geknechteten, in: Die Zeit vom 31.10.2001.

<sup>24</sup> So Alfred Mechttersheimer 1991 in seinem Aufsatz „Antiamerikanisch – weshalb eigentlich nicht?“, hier zit. nach Dan Diner, Verkehrte Welten, a.a.O., S. 161.

<sup>25</sup> Zitiert nach dem Bericht der FAZ vom 22.10.2001 über ein Berliner Treffen von „Attac“ (*Hervorhebungen von B.S.*). - Vgl. auch Arthur Heinrich, Nur die Silhouette von New York, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 11/2001, S. 1287-1292.

<sup>26</sup> Susan Sontag, Amerika hat den Islam nicht provoziert, in: FAZ vom 11.10.2001 (*Hervorhebungen von B.S.*).

<sup>27</sup> Vgl. Manfred Sapper, Die Auswirkungen des Afghanistan-Krieges auf die Sowjetgesellschaft, Münster-Hamburg 1994.

<sup>28</sup> Vgl. dazu den Brennpunkt zum Nahen Osten im Friedensgutachten 2001, hg. von Reinhard Mutz et al., Münster 2001, S. 44-94.

<sup>29</sup> Ebenda, S. 162-170.

<sup>30</sup> Michael Lüders, Der Mann, der Mythos und der Weg zum Massenmord. Ein Porträt Bin Ladens, in: FR vom 24.11.2001.

anderer, die um den Bestand ihrer Kultur fürchten, für den Schock, den die Ungleichheit auslöst, die mit dem Kapitalismus und der Globalisierung einhergeht.<sup>44</sup> Die Forderung nach mehr Sensibilität ist immer richtig. Doch was bedeutet sie *in concreto*? Und wie ist das in Demokratien, wo jeder einzelne auf sein Eigenwohl bedacht ist, umzusetzen? Fragen, keine Antworten.

Noch mehr Fragen stellen sich, wenn jetzt verlangt wird, nicht weniger als die Parameter der gesamten Weltwirtschaft zu verändern: „Es ist deshalb aus sicherheitspolitischen Gründen geradezu geboten, sämtliche Außenwirkungen der Politik der Industriestaaten so auszurichten, dass sie mit den wirtschaftlichen und politischen Entfaltungsinteressen der von ihr Betroffenen kompatibel wird.“<sup>45</sup> Große Worte – aber wie? Langanhaltende und tiefgreifende ökonomische und soziale Modernisierungsprozesse mit ihren schwer berechenbaren mentalen Auswirkungen auf „die Betroffenen“ lassen sich nur bedingt beeinflussen.

Zu unterscheiden ist zwischen der Notwendigkeit, sich gegen terroristische Täter und Netze kurzfristig zu verteidigen, und der Anstrengung, alles Erdenkliche zu tun, um ihnen längerfristig den Zulauf abzugraben. Auch das ist freilich leichter gesagt als getan. Entwicklungszusammenarbeit und Demokratiehilfe von außen zeitigen, wenn überhaupt, Wirkungen nicht sofort, sondern erst in Jahrzehnten. Der neue internationale Terrorismus hat brutal ins Bewusstsein gerückt, dass sich niemand im Westen weiterhin erlauben kann, von den großen Kriegs-, Krisen- und Konfliktregionen dieser Erde einfach wegzusehen und sie sich selber zu überlassen.

Das Bewusstsein dafür wachzuhalten, dass der 11. September die hergebrachte Trennung zwischen Innen- und internationaler Politik endgültig in Frage gestellt hat, wird nicht leicht sein, wenn der Sturm vorbei zu sein scheint. Stanley Hoffmann zufolge gebietet das ureigene Interesse, „Partner zu suchen im gemeinsamen Streben nach Leben, Freiheit und Glück in einer aus den Fugen geratenen Welt. Jetzt endlich sollten wir begreifen, dass wir diese Werte nicht daheim in Sicherheit genießen können, wenn andere, jenseits unserer Grenzen nicht hoffen können, ihrer ebenfalls teilhaftig zu werden.“<sup>46</sup>

Letztlich wird es nur dann gelingen, den internationalen Terroristen ihr potenzielles

Rekrutierungsfeld abzugraben, wenn für Viele bessere Lebensperspektiven geschaffen und die Chancen öffentlicher Partizipation zumal für gut ausgebildete Schichten nachhaltig verbessert werden.

Sie politisch zu beteiligen, setzt die überfällige Öffnung und Liberalisierung der politischen Systeme voraus. Warum betonen wir den Stellenwert der *civil society* im Blick auf die postkommunistischen Länder mehr als im Blick auf die islamischen? So gut wie alle Stimmen kritischer Intellektueller mit einem islamischen Hintergrund kommen aus

wie auch die Geschichte Europas lehrt, als ungleich schwieriger erweisen denn der Krieg gegen die Armut.

Wieweit aus der Katastrophe des 11. September tatsächlich solche Lehren gezogen werden, sei dahingestellt. Doch unzweifelhaft ist, dass weltweit auch ein Kampf um die überzeugendsten Visionen für eine bessere und gerechtere Welt geführt werden muss. Denn wie anders sollte es gelingen, den Hass auf den Westen zu verringern und damit die Rekrutierungsbasis für Gewaltmärkte und Gewaltprivatisierung durch mafiose Gewalt-



Bundeskanzler Gerhard Schröder (links) war nur einer von neuen und alten Bündnispartnern, die sich nach dem 11. September in Washington die Administration unterzogen sich nach den Terroranschläge – nicht ganz freiwillig – einem „Crash-Kurs im Multilateralismus“.

London, Paris oder aus den USA. Klientelismen und Kleptokratien blockieren mit Gewalt die Liberalisierung und Demokratisierung der eigenen Gesellschaften.

Wird das im Westen endlich erkannt, beginnt erst die schwierige Aufgabe, umfassende Demokratisierungsprozesse in Gang zu setzen, ohne dass dadurch massive Gewaltpotenziale freigesetzt werden. Das dürfte sich,

multis wie Al Qaida zu stoppen? Der Generalsekretär der UNO, Kofi Annan, hat illusionslos auf die Bedeutung dieses Kampfes um die Herzen und Köpfe aufmerksam gemacht: „Es wird immer Menschen geben, die hasen und töten, selbst wenn alle Ungerechtigkeiten beseitigt sind. Aber wenn die Welt beweisen kann, dass sie beharrlich an der Schaffung einer stärkeren, gerechteren, güti-



geren und noch internationaleren Gemeinschaft über alle Grenzen von Religion und Rasse hinweg arbeitet, dann wird der Terrorismus sein Ziel verfehlen.“<sup>47</sup>

Der Krieg in Afghanistan droht zu verdecken, dass sich die Weltpolitik in einem rapiden Umbruch befindet. Das liegt nicht zuletzt daran, dass die USA, anders als viele erwartet haben und als man nach den Äußerungen der ersten zwei Tage auch erwarten konnte, nicht unbedacht reagierten und blindwütig Vergeltung übten, sondern den militärischen Kampf gegen den Terrorismus



Die Klinke in die Hand gaben: US-Präsident George W. Bush und seine

Quelle: Der Spiegel 42/2001

in eine umfassende politische Strategie einbetten. Es ist, als habe der Schock des 11. September der letzten Supermacht schlagartig die Notwendigkeit von Verbündeten und Partnern klar gemacht. Unfreiwillig haben sich die USA einem „Crash-Kurs in Multilateralismus“<sup>48</sup> unterzogen. Offen ist, ob das bloß vorübergehenden, taktischen Charakter hat oder langfristig wirkt. Doch

bietet der Kooperationsimpuls, der vom 11. September ausgegangen ist, den Europäern fraglos mehr Handlungs- und Einflussmöglichkeiten als der einseitige Unilateralismus der letzten Jahre.

Die Bush-Administration, angetreten mit dem Programm, den ohnehin schon dominanten Unilateralismus noch zu überbieten, ist dabei, ihre außen- und sicherheitspolitischen Leitlinien zu verändern. Das geht oft schneller, als manche bereit sind, das eigene Comic-Bild von den USA kritisch zu überprüfen; und manches *renversement des alliances* deutet sich erst zaghaft ab. Zu nennen sind:

- Die neue Wertschätzung der UNO: Die Resolutionen 1368 und 1378 sind im Sicherheitsrat der UNO einstimmig verabschiedet worden; Washington bezahlt ostentativ mit einer Tranche von 582 Milliarden Dollar einen ordentlichen Teil seiner Schulden bei der UNO; schließlich hat der amerikanische Präsident in seiner ersten Rede vor der Vollversammlung gesagt, die UNO müsse eine „Führungsrolle“ im Kampf gegen den Terrorismus und für internationale Zusammenarbeit übernehmen.
- Das diplomatisch-politische Schmieden einer weltweiten Allianz gegen den Terrorismus, mit Verbündeten rund um den Erdball. Dazu gehören die Großmächte im Sicherheitsrat, inklusive China und Russland, die Kooperation mit islamischen Staaten sowie durch und durch realpolitisch motivierte Bündnisse mit Iran, Pakistan, Usbekistan und ähnlichen Staaten. Gewiss stellen sich dabei überaus heikle Probleme: Birgt die realpolitische Kooperation mit autoritären, undemokratischen Regimen nicht dieselbe brisante Gefahr wie beispielsweise die frühere Unterstützung islamistischer Kämpfer in Afghanistan?
- Russland galt vor dem 11. September trotz aller Demokratisierungsbemühungen als ein Sicherheitsrisiko, dem nur mit der Ausweitung der NATO bis an seine Grenzen zu begegnen sei. Seit her ist es zum wichtigen Verbündeten im Kampf gegen den Terrorismus mutiert, der die Amerikaner im so genannten nahen Ausland in Usbekistan und Tadschikistan auch militärisch agieren lässt. Wie es scheint, hat sich Russlands Stellenwert für den Westen ebenso ver-

<sup>31</sup> Kurz nach der Islamischen Revolution in Iran drängte sich ein dichter Pilgerzug im Hof der Großen Moschee um den schwarzen Meteoriten, als etwa zweihundert fanatische Gotteskrieger diesen heiligen Ort entweihten, indem sie auf Altardiener und in die Menge schossen. Nur mit Hilfe einer französischen Spezialeinheit gelang es nach zwei Wochen den Sicherheitskräften, die Attentäter zu überwältigen. Doch hatten diese einen propagandistischen Triumph erzielt und das Königshaus empfindlich getroffen, das seine Herrschaft und die führende Rolle des Landes in der islamischen Welt als „Hüterin der heiligen Stätten“ legitimiert.

<sup>32</sup> So die philippinische Präsidentin Arroyo, zitiert bei Ernst-Otto Czempiel, a.a.O.

<sup>33</sup> Marx-Engels-Werke Bd. 33, S. 53.

<sup>34</sup> Stephan Rosiny in einem Vortrag im DGB Bildungszentrum Hattingen am 1.11.2001, Die Hizb Allah – ein islamischer Weg zur Moderne?

<sup>35</sup> Vgl. Christian Schmidt-Häuer, Die Saud-Connection, in: Die Zeit vom 15.11.2001

<sup>36</sup> Vgl. Dan Diner, Verkehrte Welte, a.a.O., S. 81f.

<sup>37</sup> Thierry Chervel, Sündenstolz. Nicht der Westen ist schuld – ein Einwand gegen neue Plattitüden, in: SZ vom 24.9.2001.

<sup>38</sup> Salam Rushdie, Der saure Apfel des Islam, in: FAZ vom 5.11.2001.

<sup>39</sup> Zbigniew Brzezinski, Eine neue Ära der Solidarität? Nur amerikanische Vorherrschaft kann etwas gegen die globale Anarchie ausrichten, in: FAZ vom 11.11.2001.

<sup>40</sup> Vgl. dazu Heinrich Triepel, Die Hegemonie: Ein Buch von führenden Staaten, Aalen 1974.

<sup>41</sup> Vgl. Bruno Schoch, Kants Entwurf „Zum ewigen Frieden“ und die Französische Revolution, in: Christine Hauskeller et al. (Hg.), Wissenschaft verantworten. Soziale und ethische Orientierung in der technischen Zivilisation, Münster 2001, S. 164-175.

<sup>42</sup> Harald Müller, Antinomien des demokratischen Friedens, in: PVS, i.E.

<sup>43</sup> Stanley Hoffmann: On the War, New York in: Review of Books vom 1.11.2001, S. 4-6.

<sup>44</sup> Stanley Hoffmann, Vom neuen Kriege, in: Die Zeit vom 11.10.2001.

<sup>45</sup> Ernst-Otto Czempiel, a.a.O.

<sup>46</sup> Stanley Hoffmann, Vom neuen Kriege, a.a.O.

<sup>47</sup> Kofi A. Annan, Vereint gegen den Terrorismus, in: FAZ vom 22.9.2001.

<sup>48</sup> Bernd W. Kubbig, Ein Crash-Kurs in Sachen Multilateralismus, in FR vom 12.10.2001.

ändert wie Russlands Politik, nicht mehr als Gegengewicht zum Westen, sondern vielmehr als dessen Kooperationspartner zu agieren. Dieser Wandel ist kaum zu unterschätzen, wenngleich sich auch hier kritische Fragen stellen: Was beispielsweise hat der Bundeskanzler nach Putins Rede im Bundestag mit der Formulierung gemeint, nun müsse man Tschetschenien „differenzierter beurteilen“?

- Schließlich Anstrengungen, mit Hilfe der UNO, der Nachbarstaaten und islamischer Helfer eine große Koalition in Afghanistan zustande zu bringen, die das Land nach 22 Jahren Bürgerkrieg und Krieg mit massiver internationaler Beteiligung endlich zu befrieden vermag. Noch steht in den Sternen, ob das Vorhaben eines neuen *nation-building* gelingen wird. Doch immerhin bezeugen die USA und überhaupt die westlichen Staaten heute mehr Verantwortungsbewusstsein als 1989, als sie sich nach dem sowjetischen Rückzug nicht mehr für Afghanistan interessierten.

Es könnte sein, dass unsere Fixierung auf den Krieg und die Kriegsbilder aus Afghanistan den Blick auf die zur Zeit vor sich gehenden rapiden Verschiebungen der außenpolitischen Koordinaten für die Weltpolitik verstellt. Die USA haben nach dem 11. September anders reagiert, als die meisten Europäer erwartet haben: auch mit einer Revitalisierung der Diplomatie und der internationalen Bündnispolitik. Ob diese Relativierung des Unilateralismus bloß vorübergehender, taktischer Natur ist, und im

Wesentlichen Gefolgschaftstreue einfordert, wie manche argwöhnen, oder ob er die Keime für einen neuen Internationalismus und eine Aufwertung der UNO birgt, hängt nicht von den USA allein ab, sondern auch von den Europäern. Bundeskanzler Gerhard Schröder hat in seiner Regierungserklärung vom 19. September die „uneingeschränkte Solidarität mit den USA“ durch den Hinweis relativiert, Deutschland sei „zu Risiken bereit, auch im Militärischen, zu Abenteuern nicht“. Der Erfolg der USA in Afghanistan könnte jenen Kräften in der Administration Auftrieb verleihen, die alle institutionellen internationalen Bindungen ersetzen wollen durch eine Weltpolitik, die einzig und allein auf militärische Stärke und Überlegenheit setzt.

Gewichtiger erscheint nach dem hier Ausgeführten etwas anderes: Der Wettstreit um einen wirklichen Dialog mit der islamischen Welt, aber mehr noch um das Engagement

für die Durchsetzung von Individualismus, Menschenrechten, politischer Gleichberechtigung (auch der Frauen) und Multikulturalismus sowie um die besten Konzepte zur Demokratisierung autoritärer Systeme in der islamischen Welt hat noch gar nicht richtig begonnen. Er wäre die richtige Lehre aus dem 11. September. Der antiamerikanische Reflex steht dem im Wege.



*Dr. Bruno Schoch (Jahrgang 1947) ist Projektleiter der HSFK, Mitglied der Forschungsgruppe „Demokratisierung und Entwicklung“ und Mitherausgeber des jährlichen „Friedensgutachtens“.*

#### HSFK-Standpunkte

erscheinen mindestens sechsmal im Jahr mit aktuellen Thesen zur Friedens- und Sicherheitspolitik. Sie setzen den Informationsdienst der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung fort, der früher unter dem Titel „Friedenforschung aktuell“ herausgegeben wurde.

Die HSFK, 1970 vom Land Hessen gegründet, arbeitet mit rund 30 wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in vier Forschungsgruppen zu den Themen: Rüstungskontrolle und Abrüstung, Internationale Organisation, Entwicklung und Demokratie sowie Konfliktbearbeitung in Demokratien. Die Arbeit der HSFK ist darauf gerichtet, die Ursachen gewaltsamer internationaler und innerer Konflikte zu erkennen, die Bedingungen des Friedens als Prozess abnehmender Gewalt und zunehmender Gerechtigkeit zu erforschen sowie den Friedensgedanken zu verbreiten. In ihren Publikationen werden Forschungsergebnisse praxisorientiert in Handlungsoptionen umgesetzt, die Eingang in die öffentliche Debatte finden.

Neben den *HSFK-Standpunkten* gibt das Institut mit den „HSFK“- und „PRIF-Reports“ wissenschaftliche Analysen aktueller Probleme und politische Empfehlungen in deutsch und englisch heraus. Die „Studien der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung“

Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung  
Leimenrode 29, 60322 Frankfurt am Main  
Postvertriebsstück D 43853, Entgelt bezahlt, ISSN-0945-9332

stellen darüber hinaus die grundlegenden Forschungsergebnisse des Instituts dar. Mit dem „Friedensgutachten“ legen die HSFK und die beiden Friedensforschungsinstitute IFSH und FEST seit 1987 ein gemeinsames Jahrbuch vor, das die laufenden Entwicklungen in der Friedens- und Sicherheitspolitik analysiert und kommentiert.

V.i.S.d.P.: Nicola Buskotte, Presse- und Öffentlichkeitsreferat der HSFK, Leimenrode 29, 60322 Frankfurt am Main, Telefon (069) 95 91 04-0, Fax (069) 55 84 81

E-Mail: [info@hsfk.de](mailto:info@hsfk.de), Internet: [www.hsfk.de](http://www.hsfk.de)

Für den Inhalt der Beiträge sind die Autorinnen und Autoren verantwortlich. Ein Nachdruck ist bei Angabe der Quelle und Zusendung von Belegexemplaren gestattet. Der Bezug der *HSFK-Standpunkte* ist kostenlos, Unkostenbeiträge und Spenden sind jedoch willkommen.

Bankverbindung: Frankfurter Sparkasse, BLZ 500 502 01, Konto 200 123 459

Druck: CARO Druck  
ISSN 0945-9332